

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

54. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Oktober 1916

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Bergnigungsinferte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 120

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Die Prinzipalslagungen in Goslar, III. — „Papiernot“ und Papierkriegsgewinn.

Korrespondenzen: Steffin. — Um-Neum. — Waldenburg. — Aundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Schiffsprüfungen. — Zur Schiffsprüfung anhalten! — Die Arbeitsmarktanzeigen im „Korr.“ — Jubiläum eines Fachblattredakteurs. — Ein nettes Fräulein. — Noch ein wegen Ernährungsfragen in Ungnade gefallenes Blatt. — Veröffentlichung der jährlichen Vorträge. — Hochmut von Berordnungen. — Bessere behördliche Fürsorge für arbeitslos-Verordnungen. — Keine Anrechnung der Arbeitgeberbeiträge auf die Reichsunterstützung für Kriegerfamilien. — Zehn sozialdemokratische Minister.

Die Prinzipalslagungen in Goslar

III.

Wir kommen nun zu den Verhandlungen der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins, worüber die „Zeitschrift“ nur vier Seiten enthält, während auf den Geschäftsbericht achtzehn entfallen.

Zunächst entspann sich über den Ausschluß der Diebstahl-Gruppe in Berlin eine längere Aussprache. Mit Ausnahme eines unbekanntem Redners, der den Zeitpunkt des Ausschlusses für nicht günstig gewählt erachtete, ging das Urteil allgemein dahin — der Hauptvorstand und der Vorsitzende des Kreises VIII ergriffen aufklärend das Wort —, daß die Berechtigung zum Ausschluß der 17 Berliner Sturmgelassen gegeben war. Die Ausschließungen hatten bekanntlich mit dem Erzeugnis ihrer im „Korr.“ im März d. J. scharf mitgetommenen heillosen Tarifreformerei noch ein Bombardement auf die Prinzipalsmitglieder des Tarifausschusses gerichtet. Die Wirkung muß aber gleich Null gewesen sein, denn die Ermittlung der wahren Verfechter der Prinzipalsinteressen, die mit den Gehilfen auf bestem Friedensfuße leben wollten, indes sie ihnen den Tarif durch haarige Verschleierungen verwickelten, wäre in Goslar andernfalls nicht aufgegeben worden, hätte zum mindesten mehr Staub aufgewirbelt. Sowie wir wissen, ist dieser Vorgang in der Prinzipalsorganisation ohne Seitenstück. Wenn mit Rheinland-Westfalen die Fäden zerrissen waren, soz dieser Kreis selbst die Konsequenzen. Zu direktem Ausschluß einer oppositionellen Gruppe ist es aber noch nicht gekommen. Wenn das nun während des Weltkriegs, unter dem Zeichen des Burgfriedens, geschehen konnte, dann wird auch das Gebaren von Diebstahl und Genossen danach gewesen sein. Vieles ist ja öffentlich bekannt geworden, und das war toll genug, aber manches dürfte in Konventionen noch gepfeffelter gewesen sein. Die Sache hat in ihrem Ausschusse nur eine gute Seite: Dr. Diebstahl, ein großschlüssiger Meißner in Buchdruckerfragen wie Englands verlossener Marineminister Churchill in Marineangelegenheiten, hat sich mit feinerer Preis- wie Tarifpolitik den Magen gründlich verdorben und wandte unsern Gewerbe wieder den Rücken. Ein verkannter Meißner mehr! Es wird wohl nichts schaden, daß wir die sieben Seiten des Verhandlungsberichts über besagte Ausschlußangelegenheit in dieser Weise ergänzt haben.

Daß sie keinerlei Stachel zurückließ, erbrachten die Vorkandwahlen. Die Herren Dr. Viktor Altknardt als erster, E. Haberland (Leipzig) als zweiter und Max Neufch (Breslau) als stellvertretender Vorsitzender wurden einstimmig wiedergewählt und dann die vielen Ämter der Vereinsverwaltung einfach durch Gesamtwahl der Vorgesetztenlagen besetzt.

Bei der Frage des Beitritts zum Bund der Vereine des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung, der einer Anregung der führenden Männer der Papierverarbeitung (Max Krause, Direktor Krämer) entspringt, gab es die erste Papierdebatte. Während alle irgendwie in Betracht kommenden Vereinigungen — auch die Buchhändler und Buchverleger — dem neuen Bunde zur Abwehr des Druckes der Papierhersteller und -händler sich angeschlossen haben, wurde mit Bedauern festgestellt, daß die Zeitungsverlegerorganisation noch abweislich steht. Ein Vorstandmitglied derselben erklärte, über die Gründe dieser an sich bestehenden Tatsache sich nicht äußern zu

können, prinzipielle Abneigung gegen den Bund und seine Bestrebungen wäre aber nicht vorhanden. Der Zeitungsverlegerverein geht eben gern seine eignen Wege, das wird auch hier des Pudels Kern sein. Die Prinzipalsorganisation vollzog nun ihren formellen Beitritt einstimmig und wählte vier Personen als ihre Vertreter in dem Bunde.

Die Preiskreiereien auf dem Papiermarkte führten, wie nicht anders möglich, zu einer entschiedenen Stellungnahme. Ein Redner glaubte dem Vorstande sagen zu müssen, der Deutsche Buchdruckerverein sei „leider erst jetzt in der Sache zu neuem Leben erwacht“, schon vor zwei Jahren hätten Schritte wie die jetzigen unternommen werden müssen. Wie der Vorsitzende jedoch erwidern und nachweisen konnte, ist es nichts mit dem zu spät aufstehen; dem betreffenden Redner war im übrigen das Unglück passiert, zwischen den verschiedenen amtlichen und privaten Körperschaften auf dem Papiergebiete zu zweifelhaften. Es wurde als zweifelhaft bezeichnet, daß, wie beim Zeitungspapier, wo das leicht möglich zu machen ist, eine allgemeine Preisregulierung stattdes; es kämen doch außerordentlich verschiedene Papierarten in Betracht. Andererseits hielt man dies für Normalformen noch durchführbar, von denen nur tunklicht wenige hergestellt werden sollten. Weiter wurde in Vorschlag gebracht, die kommunalen Preisprüfungsstellen über die Spannung zwischen Kriegs- und Friedenspreisen auf dem Papiermarkte zu unterrichten. In München ist damit der Anfang gemacht worden. Aus dem Refektate des Herrn Kohler geht hervor, daß eine gewisse Verständigung über die Preise mit den Vereinigungen der Papierfabrikanten und Papierhändler herbeizuführen dem Deutschen Buchdruckervereine nicht möglich gewesen ist; man erklärte einfach, sich in die Preisfrage nicht hineinreden zu lassen. Die Prinzipalsorganisation hat dann diesen eigenmächtigen Herrschaften in die Suppe gepudert durch Erwirkung eines allgemeinen Papierausfuhrverbotes, nachdem sie trotz der behaupteten Papierknappheit noch große Mengen an das Ausland lieferten. Referent konnte auch mitteilen, daß die Anlegung einer Liste der Preistreiber angeregt sei; mit solchen Firmen sollten jetzt wie später geschäftliche Verbindungen nicht unterhalten werden. Oegenwärtig sei eine rückläufige Bewegung auf dem Papiermarkte wahrzunehmen. Die Lieferanten machten auch schon wieder Angebote, und wenn eine süddeutsche Papierfabrik gar Abnehmer durch den „Berliner Bund“ luche, dann könne es mit der Papierknappheit wohl nicht so schlimm sein. Wenn die Prinzipale möglichste Zurückhaltung mit Papierankäufen üben, dann würden mit der Zeit die Preise schon auf eine angemessene Höhe herabgehen. In der Debatte wurde eine öffentliche Stellungnahme (Fach- und Tagespresse) durch die von Herrn Kohler namens des Vorstandes unterbreitete Resolution begrüßt. Es wurden noch Einzelfälle vorgebracht, z. B. kostet das Kilo eines Papiers jetzt 68 bis 70 Pf., für das früher nur 24 Pf. anzulegen waren. Nach einem eingeholten Gutachten könnten unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse aber nur 43 bis 44 Pf. verlangt werden. Zu diesem Preise wäre diese Papierforte jedoch absolut nicht zu haben. Ein anderer Redner erklärte, wenn der Krieg noch lange dauere, würde eine ganze Reihe von Druckereien bei solchen Preisen bestmöglichst zugrunde gehen! Das preußische Landwirtschaftsministerium habe eine Umfrage gehalten über die Ausgaben und Einnahmen der Zeitungen. (Unser Meinung nach kann das nur auf die Provinz zutreffen.) Hoffentlich ist von dem betreffenden Prinzipal der Antwort hingugefügt worden, daß es den Buchdruckerei- oder Zeitungsbesitzern ganz anders zu Mute wäre als jenen beiden Viehhändlern, die unlängst in einer Wirtschaft seiner Stadt den Baumstumpf einer Partie „66“ um 3000 Mk. begingen. Das Landwirtschaftsministerium wird ja dann zwischen der Lage seiner Schutzobjekten und der nicht professionierter Erwerbsstände unterscheiden können. Die einstimmig angenommene Entschließung der Hauptversammlung in der Papierfrage hat folgenden Wortlaut:

Die Vorgänge auf dem Papiermarkt, insbesondere die wucherlichen Preistreiber eines Teiles der Papierfabrikanten und Papierhändler, haben im Publi-

kum wie bei Behörden die falsche Meinung erweckt, als herrsche im Deutschen Reich eine an Papiernot grenzende Papierknappheit. Infolgedessen haben mehrfach amtliche Behörden und industrielle Körperschaften öffentlich aufgefodert, in der Herstellung von Drucksachen Zurückhaltung zu üben.

Hierdurch wird das Buchdruckgewerbe, daß ohnehin schwer unter den Kriegsverhältnissen leidet und kaum noch die Hälfte des normalen Umsatzes erreicht, nur noch mehr geschädigt, ohne daß den eigentlichen Abfassenden abgeholfen würde.

Die Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins erklärt deshalb, daß ein wirklicher Mangel an Papieren, die zur Herstellung geschäftlicher und behördlicher Drucksachen benötigt werden, nicht besteht, daß sich nur teilweise bei einzelnen Sorten eine gewisse Rücksichtnahme bezüglich der Qualität infolge Mangels einzelner Rohstoffe notwendig macht.

Gegenüber den unberechtigten Preistreiberen ruff die Hauptversammlung die deutschen Buchdruckerbesitzer wie alle Papierverbraucher zu energischer Selbsthilfe auf und richtet insbesondere an die Berufsmitglieber das dringende Ersuchen, von allen zu ihrer Kenntnis kommenden Fällen von Papierwucher den zuständigen Vereinsorganen Mitteilung zu machen, damit gegen die betreffenden Papierfirmen die nötigen Maßnahmen auch für den geschäftlichen Verkehr mit ihnen nach dem Kriege getroffen werden können.

Der zweite Artikel in dieser Nummer wird das Verhalten der Papiererzeuger noch um einiges deutlicher machen. In Übertragung eines bekannten Sprichwortes kann man da sagen: An ihren Gewinnen sollt ihr sie erkennen!

Der Übergang zur Friedenswirtschaft hat auf der diesjährigen Prinzipalsversammlung zum erstenmal Erörterung gefunden. Kommerzienrat Kraus (Stuttgari), der in der Kriegsbeschäftigtenfürsorge schon viel Initiative entfaltet, ist auch hier der Anreger geworden. Herr Kraus erachtet für die Friedensarbeit nach dem Kriege die Inangriffnahme einer Feststellung über die folgende nach Kriegsschluß ungefähr benötigte Zahl von Gehilfen und Angestellten schon jetzt als notwendig:

Eine solche Statistik wird nicht nur von der weitestgehenden Fürsorge der Buchdruckereibesitzer für ihre ausmarschiereten Mitarbeiter zugehen, sondern auch dazu beitragen, daß bei der Demobilisierung die Angestellten und Gehilfen des Buchdruckergewerbes mit in erster Linie und in dem Maße berücksichtigt werden, als sofortige Möglichkeiten der Wiederverwendung vorhanden sind.

Wie das Buchdruckgewerbe sich in der Frage der Kriegsbeschäftigtenfürsorge in seinen Maßnahmen für andre Industrien und Gewerbe vorbildlich erwiesen hat, so sollte es meiner Ansicht nach auch in der äußerst wichtigen Frage der Vorbereitung der Friedensarbeit und der Zurückleitung der Arbeitskräfte an ihre friedlichen Berufstätigkeiten mit praktischen Maßnahmen an der Spitze marschieren.

So die eignen Worte von Kommerzienrat Kraus. Sie wurden gestützt durch Berufung auf eine von der Stuttgarter Verlegervereinigung schon vorgenommene ähnliche Umfrage, die namentlich von den Staatsbehörden beifällig aufgenommen sei. Erweitert wurden sie durch den Gedankengang, das eingehende, im einzelnen vertraulich zu behandelnde Material kreisweise zusammenzustellen, damit es zur gegebenen Zeit den Militärbehörden sofort zur Verfügung gestellt werden kann. Der von ihm gestellte Antrag, den Hauptvorstand zu beauftragen, möglichst bald eine derartige Erhebung zu veranlassen und sie während der Kriegsdauer von Zeit zu Zeit zu wiederholen, fand einstimmig Annahme. Der von Herrn Kraus gegebene Anstoß ist an sich zu begrüßen, denn dadurch kommt bei uns eine Sache in Fluß, wozu in verschiedenen andern Gewerben die einleitenden Schritte bereits vor längerer oder kürzerer Zeit unternommen sind. Wir Buchdrucker sind in der Kriegsbeschäftigtenfürsorge vorangegangen, hier aber kamen uns andre zuvor. Da wir jedoch immer sehr praktisch zu Werke zu gehen pflegen, so ist es wohl nicht ausgeschlossen, daß wir noch an die Spitze kommen mit den Maßnahmen zum Übergang in die Friedenswirtschaft. Der eingeschlagene Weg scheint uns aber nicht zu dem Ziele führen zu wollen. Diese sehr komplizierte Aufgabe

wird nämlich gar nicht ohne die Mithilfe des Tarifamts und der Gehilfenorganisationen zu lösen sein. Die Zusammenarbeit aller gewerblichen Organe ist hier vonnöten! Bei den Teuerungszulagen hat jetzt der Deutsche Buchdruckerverein die breitere Basis der Tarifgemeinschaft selbst als geeigneter bezeichnet, vorliegendenfalls kann also diese Allgemeinschaft auch nur der beste Weg zum guten Ende sein.

„Papiernot“ und Papierkriegs- gewinne

Die Preiserhöhungen auf dem Papiermarkt erheischen je länger desto eindringlicher für das gesamte Buchgewerbe Bedeutung. Die Papierindustrie ist ja für das Druckgewerbe in finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung ein wesentlicher Faktor. Während in der Friedenszeit Hersteller und Verbraucher durch Angebot und Nachfrage ein immerhin erträgliches Verhältnis pflegen konnten, ist daraus mit der Länge der Kriegszeit ein böses Mißverhältnis geworden, das die beiden Industriezweige arg entzweit.

Zum Zwecke des Überganges in die Kriegswirtschaft war auf Anregung der Papiermacher am 15. August 1914 der Kriegsaussschuß für das deutsche Papierfach gegründet worden, um ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der beteiligten Industrien, Hersteller wie Verbraucher, zu ermöglichen. Dieser hat auch ohne Zweifel gute Dienste geleistet. Aber als die Materialbeschaffung schwieriger wurde und ein starkes Hin- und Her der Preise festzustellen war, die zum Teil schon das Merkmal einer unzulässigen Überschreitung trugen, war den Papiermachern diese Art der gemeinsamen Beratung augenscheinlich unangenehm. Die Papiermacher ließen im April/Mai 1916 durch den Vorsitzenden des Vereins Deutscher Papierfabrikanten in einer Sitzung der Kriegsröhstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums erklären, daß sie den genannten Kriegsaussschuß nicht mehr als Gesamvertretung des Papierfaches anerkennen. Die Papiermacher wollten also ihre Interessen nicht mehr mit denen der Verbraucher verknüpfen; sie sprengten den Kriegsaussschuß! Wohlwermekt, das geschah gerade zu der Zeit, als die Papierpreise eine ungewöhnliche Höhe annahmen und der Annuß über die Steigerung alle Kreise der Verbraucher mit begreiflichem Unwillen erfüllte. In berechtigter Abwehr waren die Buchdrucker- und Steinrudruckerbesitzer beim Reichsamt des Innern im März 1916 vorstellig geworden, um der drückenden Papiernot u. a. durch ein erweitertes Ausfuhrverbot zu begegnen, dem auch durch Bekanntmachung vom 27. April 1916 entsprochen wurde und was zu einer Reihe einschneidender Maßnahmen seitens der Regierung führte, doch diese Abwehr der Verbraucher hätte gerade bei der Papierindustrie Verständnis und Hilfe erwarten und nicht zu solch plötzlichem Weisheitssturz führen sollen.

Die Reichsregierung errichtete zur Durchführung der zuletzt bekanntgegebenen Maßnahmen und wohl auch als Ersatz für den gelähmten Kriegsaussschuß die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe und die Reichsstelle für Druckpapier, durch welche die Versorgung der Zeitungen, Zeitschriften und anderen periodisch erscheinenden Druckschriften mit Druckpapier sichergestellt und der Verbrauch geregelt werden soll. Diese Maßnahmen sind im „Korr.“ bereits besprochen und als bekannt vorauszusetzen.

Eine weitere Institution ist der Reichsaussschuß für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung, der die Feststellung des Verbrauchs und die Verteilung an die Verbraucher regeln soll.

Als mit der Bekanntmachung vom 1. August 1916 Preise für Tageszeitungs-Druckpapier festgelegt wurden, machte sich auf dem Papiermarkt eine sonderbare Verwirrung bemerkbar. Die Papierpreise hielten in ihrer steigenden Tendenz ein, einige Käufer gaben sogar in Preise nach. Man befürchtete jedenfalls ähnliche Preisfestsetzungen auch für andre Papiere. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb:

Die Papierfabrikanten in der größeren Mehrzahl selbst wurden bei dieser Abschwächung des Marktes nervös; sie haben wohl noch rechtzeitig durch Ausreden, die mehrfach statgefunden haben, zu diesen Veränderungen Stellung nehmen und verhindern können, daß durch übereifles Entgegenkommen die Verwirrung des Marktes allgemein werden konnte. So, das haben sie vorrefflich verstanden, so daß der Markt sein Gleichgewicht, d. h. die zunehmende Festigkeit, behielt bis auf den heutigen Tag.

Die hohen Papierpreise werden von den Fabrikanten und Großhändlern meist noch damit begründet, daß die Rohstoffe immer teurer würden, und daß infolge Mangels dieser Stoffe eine Papiernot eingetreten sei.

Wie steht es mit dem hauptsächlichsten Rohstoffe, dem Holz? In Nr. 77 der „Papierzeitung“ wird berichtet, „daß die Holzbeschaffung aus den bestehenden Ökonomieerträgen genügend gedeckt wird. Das Angebot in Holzzeilstoff ist nicht klein und Zellulose in genügender Menge zu haben; selbst von Übersee lagen reichliche Angebote vor, die man nicht einmal benötigte, da man sich preiswert und genügend bei den inländischen Sulfitzellulosefabriken eindecken konnte. Das Angebot in Holzschliff ist gleichfalls reichlich. Die langandauernden Regenperioden der letzten Monate hatten große Mengen Betriebswässer zur Verfügung, so daß bei genügendem Holzvorrat die Turbinen mit voller Beaufschlagung immer arbeiten können.“

Sicraus geht hervor, daß Rohstoff nicht fehlt, daß der Bedarf sogar genügend und preiswert gedeckt werden kann.

Das Fehlen der Rohstoffe bildet somit kein so wichtiges Moment mehr für die Aufrechterhaltung der hohen Papierpreise. Dieses reichliche Angebot der Rohstoffe und der infolgedessen erweiterte Betrieb der Papierfabriken haben bei dem Konmerzientrat v. Soelch vom Vereine Deutscher Papierfabrikanten sogar die Befürchtung der Überproduktion ersehen lassen. Er schlug deshalb in der Hauptversammlung vom 12. September vor:

eine allgemeine Betriebseinstellung zur Befreiung der Abergzeugung, indem jede Fabrik den Betrieb alle sechs Wochen sechs Tage abstellte! Das Ergebnis der Urabstimmung darüber steht noch aus. Es ist aber bezeichnend und begründet die Tatsache, daß eine Papiernot gar nicht vorhanden ist, ja, daß sie auch früher nicht vorhanden war. Sucht man doch sogar jetzt noch Abnehmer für Papiere in der Schweiz. Eine etwaige Mehrproduktion, die naturgemäß zur Abdrückung der Preise führen müßte, soll auf jeden Fall verhindert werden. Stand also das Druckgewerbe vor dem Krieg im Zeichen des freien Wettbewerbs, so steht es heute im Zeichen des Überverlebens, des Kriegswuchers.

Wir wollen gar nicht davon reden, wieviel Millionen Mark allein aus den alten Lagerbeständen der Fabriken und Händler mehr herausgewirtschaftet, wie viele alten Ladenhüter dem ängstlich um die Befriedigung seines Kundenkreises besorgten kleinen Buchdrucker aufgeföhrt worden sind, und wie man selbst weiblichere Rudruckerleiter mit der „Papiernot“ zur Anschaffung großer Lagerbestände bei „angemessenen“ Preisen veranlassen konnte. In Leipzig z. B. haben größere Firmen für diesen Zweck besondere große Holzschuppen aufbauen lassen, die heute noch vollgepfropft von Rollenpapier stehen. Ja, das waren „große und glatte“ Geschäfte, da ließ sich „Geld machen“.

Berechtigtes Aufsehen und Unwillen haben die hohen Erträgnisse in der Papierindustrie erregt, die jetzt durch den Handelssteil der Tageszeitungen bekannt werden. Es liegen Meldungen vor, die beweisen, daß „der Ausgleich“, wie sich nach dem „Berliner Tageblatt“ ein Ausschüßratsvorsitzender ausdrückte, „den die nicht unerhebliche Steigerung der Papierpreise für die erhöhten Unkosten bietet“, doch etwas mehr ist als ein Ausgleich, und daß Zweifel an der vollen Berechtigung der hohen Papierpreise geboten sind.

Es gibt eine Anzahl von Fabriken, die die jetzige Geschäftslage dazu benutzen, Verluste einzuholen, die schon vor dem Kriege vorhanden waren. Die Gewinnsteigerungen sind mit recht wenigen Ausnahmen ganz enorm — trotz Materialverminderung, trotz Arbeitermangel. Fabriken, die früher schlecht wirtschafteten, konnten sich wieder sanieren oder haben frühere Verluste ausgeglichen. Was aber besonders bei den Abköhlern der Gesellschaften in die Augen springt, das sind die hohen Saniemen, die Summen für Anschaffungen, die glatt in den Betrieb verrechnet wurden, und die hohen Vorkräge auf das nächste Geschäftsjahr.

Eine Zusammenstellung der Dividenden und Aberschüsse ergibt nachfolgendes recht interessantes Bild: Die Alimendorfer Papierfabrik verkaufte 1915/16 für 4587442 Mark (im Vorjahre 2920637 Mk.) und erzielte einen Überschuß von 1095730 Mk. (715386 Mk.); die Dividende beträgt 26 Proz. (17). Dabei sind an Saniemen für Ausschüßrat usw. 459272 Mk. ausgeworfen und ein besonders hoher Vorkrag (361143 Mk.) ins nächste Geschäftsjahr gestellt. Die Kröllwitzer Altkienpapierfabrik gibt 14 (5) Proz. Dividende, die Patentpapierfabrik zu Penig bei 400000 Mk. Abschreibung und einem Vorkrage von 336207 Mk. (81820) 12 (4) Proz., die Papierfabrik Saienturf 14 (5) Proz., bei Dreierverleigerung eines normalen Jahres und bei Abschreibung von 150736 (66925) Mk., Sebütz 3 (0), Freiburger Papierfabrik 8 (0), Sulfur Naork in Leipzig 4 (0), Wschaffenburg 3 (4), Pommerische Papierfabrik in Hohenzentrum 14 (4), Reisholz, A.-G., in Düsseldorf, 10 (8), Winterische Papierfabriken, A.-G., 0 (0), doch sind die Altkien um 40 Proz. gestiegen (jedemfalls seit erst die Passiven der Vorkrage ausgeglichen). Papierfabrik Oberkissen, A.-G., 6 (4) Proz. Die Papierfabrik Weihenstein, A.-G., bei Wforzheim, die äußerst schlecht daktand (im Vorjahre 371613 Mk. Verlust), schließt jetzt glänzend ab, der Betriebsgewinn dürfte mehr als eine halbe Million Mark ergeben; auf Grund der günstigen Betriebsverhältnisse und andauernder Beschäftigung wird versucht, das Unternehmen wieder zu sanieren. Die Papierfabrik Wagnungen gibt 4 (1), Fliender & Schlüter, A.-G., Düsseldorf 0 (0) Proz. Die Papier- und Papelfabriken Zammann, A.-G., hatten einen Reingewinn von 9726 Mk. (Verlust vordem 13360 Mk.). Heymann & Schmidt, Luxuspapierfabrik, Berlin, trägt ihren Gewinn von 5403 Mk. vor. Ferner haben Reingewinne zu verzeichnen: die Warner Chromopapierfabrik 38192 Mk., die Altkien-Gesellschaft für Pappfabrikation Charlottenburg 18409 Mk., die Spödelische Papierfabrik, A.-G., in Hainsberg 16080 Mk. Die Parziner Papierfabrik will nach zweijähriger Unterbrechung Dividende zahlen; in den ersten acht Monaten sind rund 1 Mill. Mk. verdient, das Vorjahr schloß mit einem Verluste von 482340 Mk. ab! Die Chemnitzer Papierfabrik zu Einfield hatte einen Fabrikationsgewinn von 248157 Mk. (im Vorjahre 5214 Mk. Verlust) und einen Reingewinn von 8951 Mk., wodurch sich die Unterbilanz auf 489266 Mk. ermäßigt. Die Schwarzburger Papierzeilstoff-Fabrik Richard Wolff, A.-G., hatte die beiden letzten Geschäftsjahre mit Verlust abgeschlossen; im Geschäftsjahre 1915/16 hat die Gesellschaft den ganzen Verlust getilgt, nach Bornaahme von Abschreibungen usw. einen Reingewinn von 37200 Mk. erwirbt und eine Dividende von 4 Proz. festgelegt.

Von den Zellulosefabriken sei berichtet: Nimmritz-Steina gibt 18 (14) Proz. Dividende, Verein für Zellstoffindustrie, A.-G., Dresden, 10 (2) Proz., Solzstoff- und Papierfabrik Schlemig 6 Proz., Gewinn 143481 Mk. (173127 Mk.), Papier- und Zellstoffwerke, A.-G., Seelmühle 8 (6). Die Kochheimer

Zellulose- und Papierfabrik Mainz hat einen Verlust von 322218 Mk. (302710 Mk.). Die Norddeutsche Zellulosefabrik, A.-G., Königsberg, findet trotz halbjähriger Stillstandes „in den gestiegenen Marktpreisen Ausgleich“. Die Schlesische Zellulose- und Papierfabriken, A.-G., konnten ihre vorjährige Unterbilanz (387417 Mk.) beseitigen. Die Königsberger Zellstoffabrik, A.-G., kann 12 Proz. Dividende geben. Die Simonische Zellulosefabrik, A.-G., Wangen im Allgäu, schließt mit einem Verluste von 245295 Mark ab.

Es ist nach dieser Aufstellung, die noch nicht vollständig sein kann, weil eine Reihe von Fabriken ihren Abschluß erst mit dem Jahreschlusse vornimmt, ohne weiteres ersichtlich, wie reichlich der Kriegsgewinn für die Papierindustrie ausgefallen ist und noch ausfällt. Wo ist Papiernot, wo ist Rohstoffmangel? Trotz des beklagten Arbeitermangels sind die Papiermaschinen gelaufen, trotz des vermeintlichen Fehlens der Rohstoffe hat sich die Fabrikation glatt vollzogen, und trotz der Stilllegung einiger Gänge ist eine Mehrproduktion erfolgt, die mit labelhaftem Gewinn abgesetzt werden konnte. Die verarbeitenden Industrien, im besonders das Druckgewerbe, haben aber unter den hohen Papierpreisen, die gegenüber den Friedenspreisen Prozentfäße von über 200 erreichen, schwer zu leiden. Es ist deshalb verständlich, wenn gegenüber diesen Preiserhöhungen und der Spekulation mit der Papiernot die betroffenen Verbände sich zur Abwehr vereinigen und den Bund der Vereine für Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung gründeten. Wollen die Papierfabrikanten auf ihrem Standpunkte verharren, „sich auch fern in der Preisfrage nicht hineinreden zu lassen“, so werden sie den angelegten Kampf mit ihren Abnehmern ausfechten müssen. Soffentlich wird der künstliche Aufbau der Papierpreise zusammenbrechen und eine Verständigung, die jetzt von den Papiermachern noch strikte abgelehnt wird, Maß greifen müssen.

Correspondenzen

-z. Steffin. Die am 4. Oktober im „Volkshaus“ tagende aufgeschulte Versammlung hatte wiederum die traurige Pflicht zu erfüllen, zu er Opfer des Weltkriegs zu gedenken: der Kollegen Willi Schult und Erich Miermeier. Sechs Kollegen wurden dem Gauvorsitzende zur Aufnahme empfohlen. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurden einige örtliche Angelegenheiten erledigt. Sodann referierte unser Gauvorsitzer Reinke über die Gauvorsitzerkonferenz. Redner führte den Zuhörern in anschaulicher Weise die einzelnen Verhandlungsgegenstände vor Augen, dabei auf die bemerkenswerten Vorkommnisse in den einzelnen Gauen eingehend und über die gewerbliche Gesamtsituation berichtend. Aber die brennende Tagesfrage der Teuerungszulagenangelegenheit verbreitete sich der Referent des längeren, dabei die einmütige Stimmung des Verbandsvorsitzenden und der Gauvertreter hervorhebend. Allseitig sei man über die minimalen Zugeständnisse der Prinzipalität und die Handhabung bei Regelung der Teuerungszulagen enttäuscht gewesen. Die Beschlüsse einiger Prinzipalitätskreise in Sachen der Zulagen bedeuteten unter der enormen Teuerung geradezu eine Proklamation der Gehilfenlosigkeit. Hinzu käme noch, daß seit Inkrafttreten der gewährten Zulagen die Lebensmittelpreise usw. wiederum ganz beträchtlich gestiegen wären und die breite Masse der Kollegen mit ihren Familien das Ärgste erdulden müßten. Die Klagen der Kollegen aus allen Gauen durch den Mund ihrer Vertreter seien auf der Konferenz übereinstimmend gewesen. Der Referent gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Prinzipalität mit Rücksicht auf die drückende Lage der Gehilfenchaft das notwendige Verständnis und Entgegenkommen zeigen werde, damit die Gehilfenchaft in der Lage sei, ihre Verpflichtungen gegenüber Staat und Familie erfüllen zu können. Kollege Reinke behandelte im weiteren die Fragen finanzieller Natur, mit denen sich die Gauvorsitzerkonferenz zu beschäftigen hatte, so u. a. die Wiedereinführung der statutarischen Arbeitslosenunterstützung, die den Gauen gewährte Rückvergütung aus der Verbandskasse, die Mitgliedschaft der Kriegsbeschädigten usw. Die Ruhe während des Vortrags und der Bericht auf eine Diskussion zeugten von der Übereinstimmung der Versammlung mit Beschlüssen und geleisteter Arbeit der Gauvorsitzerkonferenz. Kollege Poupay erstattete sodann den Kartellbericht und machte Mitteilung von der Erhöhung des Kartellbeitrags, die sich notwendig erwies, um die Einrichtungen des Kartells über die Kriegszeit hinaus intakt zu erhalten. Nachdem noch Erklärungen zum Vorhande vorgenommen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Lt. Alm-Reum. (Vierteljahrsbericht.) Im vergangenen Vierteljahre wurde nur im August eine Monatsversammlung abgehalten. Diese war ausnahmsweise gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Liebrandt der Kollegen Arthur Leithe und Karl Richter, die beide auf dem Schlachtfeld gefallen sind. Die Versammlung ehrte diese Helden durch Erheben von den Sigen. Nun hat unser Ortsverein bereits sieben Mitglieder durch den Krieg verloren und ein Kollege ist außerdem infolge Krankheit im Lazarett gestorben. Seit Kriegsbeginn sind 80 Kollegen, davon 30 verbeiratet, zum Militär eingezogen, ohne die Wiederentlassenen mitzuzählen. Au Unterstützung wurden 707 Mk. seit Kriegsbeginn aus der Ortskasse und 2650 Mk. aus der Gaukasse bis 1. Oktober 1916 an unsere Kriegervertrauen ausbezahlt. Mitgliederstand am 1. Oktober: 38. Von 52 Kollegen erhalten 43 Teuerungszulage. Ferien wurden vom „Tageblatt“ sowie vom „Volksboten“ und dem „Neulmer

Anzeiger" an die noch seit vor dem Kriege dastehenden älteren Kollegen gewährt, und zwar zwei bis drei Tage. Der vom Kollegen Glasbrenner vorgelegene Vierteljahrsbericht der Ortskassa wurde aufgegeben, obwohl der Kassenbericht durch Verendung von Liebesgaben an sämtliche eingerückte Kollegen ziemlich zurückgegangen war. Mit dem Wunsche des Vorsitzenden, die künftigen Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen, und daß wir bald wieder in friedliche Verhältnisse kommen möchten, wurde die gutverlaufene Versammlung geschlossen.

Waldenburg i. Schl. (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung am 1. Juli waren nur 17 Kollegen anwesend. Kollege Raff erstattete den Kartellbericht. Unser Vertreter im Kriegsausschusse für Konjunkturinteressen, Kollege Ossig, gab Bericht über die allgemeine Marktlage. — Die Versammlung am 29. Juli war von 24 Kollegen besucht. Aufgenommen wurde ein Neuausgelenkter. Den Kassenbericht pro zweites Quartal der Bezirkskasse gab Kollege Schneider, den der Ortskasse Kollege Ossig; beiden wurde Entlastung erteilt. — In der Versammlung am 30. September waren 23 Kollegen anwesend. Gauvorsitzer Fiedler (Breslau) erstattete Bericht von der letzten Gauvorsitzerkonferenz. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen der Konferenz einverstanden. Kollege Raff gab hierauf den Kartellbericht. In der hierauf stattfindenden Aussprache wurde angeregt, einen Vortrag halten zu lassen über freiwillige Weiterversicherung bei der Krankenkasse.

Noch ein wegen Ernährungsfragen in Ingnade gefallenes Blatt. Das Generalkommando in Münster hatte auf Inauguration der Presse bei Verhandlungen über Ernährungsfragen gedrungen. Der Magistrat in Paderborn hatte sich erst dazu drängen lassen und dann das „Westfälische Volksblatt“, die größte Zeitung am Platz, übergeben. Darüber gab es nun in der Stadtverordnetenversammlung eine Auseinandersetzung. Der Oberbürgermeister verteidigte dieses Verhalten mit der sehr kritischen Stellungnahme des „Westfälischen Volksblattes“ in Ernährungsfragen und fand dafür scharfe Worte. „Ähnliche Volkszeitung“ und „Zeitungsverlag“ wenden sich mit Recht gegen diese persönliche Empfinderei unter Hintanstellung der Allgemeininteressen.

Veröffentlichung der sächsischen Lotterielisten. In Nr. 116 brachten wir eine Notiz, in der den Zeitungsverlegern vorgeworfen wurde, in einem Anlasse von Sparwut zeitweilig diese Listen nur mit den größeren Gewinnen gebracht zu haben. Dazu kamen wir, weil jetzt bei Wiedereinführung der vollen Ziehungslisten von den Zeitungen abweichende Gründe für die Unterbrechung angegeben wurden. Der „Zeitungsverlag“ vom 13. Oktober bringt eine andre Darstellung des Sachverhaltes: Die Lotteriedirektion in Leipzig hatte an einen Kollekteur die Veröffentlichung der Listen verpackt. Dieser verlangte von den Zeitungen Bezahlung für den Abdruck, auch wenn sie nur die Hauptgewinne brachten. Die sächsische Presse kam nun überein, „für den Ballast der Lotterielisten wenigstens nicht noch das eigne gute Geld zu zahlen“, und stellte auf der ganzen Linie die Veröffentlichung ein (bis auf die Hauptgewinne). Die Lotteriedirektion und das Finanzministerium spürten schnell, wie das Publikum nicht mehr lotteriereisig wurde und ersehnten um Wiederaufnahme der Veröffentlichungen. Der Kreisverein Sachsen des Zeitungsverlegerevereins stellte jedoch Bedingungen. Es ist nun Friede geblieben auf der Basis: das Veröffentlichungsmonopol ist ganz abgeschafft, die Lotteriedirektion liefert den Zeitungen die Matern oder Platten der Gewinnlisten vollständig kostenfrei. Die sächsischen Zeitungsverleger aller Richtungen hätten also den Vater Staat erfolgreich befreit und ungehörige Zummungen an die Presse zum Scheitern gebracht. Daß es mit der Sparwut aber nicht so ohne war, bezeugt die Beibehaltung der stark gekürzten Listen seitens einiger Blätter auch jetzt noch. Dann hatte man auch in der Provinz Sachsen: schon dem Beispiel aus dem „echten Sachsen“ teilweise Folge gegeben, obwohl die sächsische Lotteriedirektion doch dort „mir so jegen“ hat.

Hochflug von Verordnungen. In einer Berliner Landgerichtsverhandlung der vorigen Woche machte der Verteidiger für seinen wegen Überschreitung der Höchstpreise für Zucker angeklagten Klienten geltend, daß bei 400 Bundesrats- und über 3000 Regierungs- und Kommunalverordnungen kein Mensch mehr wissen könne, was Recht ist. Ja, wenn es nach der Zahl der Verordnungen gehen würde, dann hätte Batocki bei der Reichstagsdebatte über die neue Kartellgesetz in der zweiten Hälfte der vergangenen Woche einen ausgezeichneten Stand gehabt. So aber hat uns die riesenhafte Paragraphenschuterei immer mehr in die Tiefe gebracht.

Bessere behördliche Fürsorge für arbeitslose Textilarbeiter. In Bamberg hat am 23. Juli eine Reichskonferenz der Arbeiter der Textilbranche über die gegenwärtige Lage beraten, in der sich die Angehörigen dieser durch staatliche Beschränkung der Produktion ziemlich lahmgelagerten Industrie befinden. Die Feststellung der Reichskonferenz, daß viele Gemeinden bisher noch gar nicht oder doch nur sehr ungleichmäßig und unter so scharfer Prüfung der Bedürftigkeit die Fürsorge für Textilarbeiter sowie der Webs-, Wirk- und Strickstoffe oder Filz verarbeitenden Betriebe geregelt habe, veranlaßte die preussischen Minister für Handel und Gewerbe, der Finanzen und des Innern, Bericht einzufordern darüber, ob es noch Gemeinden gibt: 1. die sich der Fürsorge trotz vorliegendem Bedürfnisses entziehen, 2. die die Unterstützungsätze nicht genügend, der jetzigen Teuerung entsprechend, festgesetzt haben, 3. die bei der Prüfung der Bedürftigkeit zu engherzig verfahren. Ferner ist in einem Rundschreiben eines Regierungspräsidenten, das aufeinander im Anschluß an den Erlass der drei preussischen Minister an die nachgeordneten Behörden gerichtet wurde, darauf hingewiesen, daß die Bedürftigkeit, wenn auch noch nicht im Herbst, weil da noch landwirtschaftliche Arbeiten vorliegen, so doch in den Wintermonaten in größerem Maß als bisher zu bejagen sei. Ganz besonders wird darauf hingewiesen, daß bei Übernahme anderweitiger, insbesondere landwirtschaftlicher Arbeit, auf die Festsetzung angemessener Arbeitsbedingungen zu sehen sei. Dabei wird empfohlen, den Verdienst aus Gelegenheitsarbeit nicht voll, sondern nur zum Teil auf die Unterstützungen anzurechnen. Diese Forderungen haben die Organisationen der Textilarbeiter schon von allem Anfang an den Behörden gegenüber vertreten, ohne damit überall auf Verständnis zu stoßen. Nun soll es also doch noch dahin kommen. Es steht trotz allen Mühe einer sehr guten Ernte ein schwerer Winter bevor, wie schon von Regierungseite zugegeben wird, weil man der Landwirtschaft und der Spekulation gegenüber machtlos ist, während bei der Industrie ein festes Zugreifen in weniger allgemeinem Interesse gar nicht schwer fällt, wie es sich am Textilgewerbe ja zeigt. Es müßte da nun selbstverständlich sein, daß von vornherein ausreißend für die erzwungen Arbeitslosen sowie deren Familien gesorgt wird. Aber erst muß öffentlich Anklage erhoben werden, dann kommt es zu einem Druck auf die unteren Behörden von oben herab, und nach vielen Monaten gelangt dann die Sache endlich in das F-bzwasser, in dem sie sich nach den Vorhänge der beteiligten Arbeitererschaft hätte folgen können. Hoffentlich holt man nicht nur in Preußen Verkauftes nach.

Keine Anrechnung der Arbeitgeberbeiträge auf die Reichsunterstützung für Kriegervfamilien. Es ist in Anbetracht der weiteren Einberufungen nicht unwichtig, abermals darauf hinzuweisen, daß sowohl nach den Wünschen des Reichstags wie nach dem Standpunkte der Reichsregierung die von Unternehmern gezahlte Unterstützung an die Familien einberufener oder im Felde stehender Angehöriger nicht auf die vom Reiche gewährte Kriegsunterstützung irgendwie angerechnet werden darf. Den Kommunalverbänden ist dies aber unter Umständen und in gewissen Fällen bei den von ihnen geleisteten Zuschüssen gestattet.

Sehn sozialdemokratische Minister. Mit Stauning (siehe Nr. 117) sollen in allen Ländern nunmehr zehn Arbeitervertreter Ministerposten bekleiden. In Frankreich und England ist das am häufigsten der Fall. Der „Minister sozialismus“ spielt aber gerade dort keine anziehende Rolle. Wenn Lloyd George, den sogar bürgerliche englische Kreise wegen seiner jüngsten Stellungnahme Deutschland gegenüber einen „raubenden Borer“ nennen, sich nachdem darauf berufen konnte, daß sein Standpunkt die Meinung der ganzen Regierung wäre, so ist das für die sozialistischen Mitglieder derselben ja sehr bezeichnend. Wir haben einen schreckensvollen Weltkrieg, an dem formell 17 Länder beteiligt sind, wir haben als zweiten, noch nicht dagewesenen Fall zehn sozialistische Minister — im Weltall ist anscheinend jetzt alles aufs stärkste kontraste und Dissonanzen eingestell.

Opfer des Krieges wurden:

- Aus Duisburg: Jakob Kerth (S.).
- Aus Duisburg-Ruhrort: Hans Fehle (Dr.).
- Aus Dülmen: Johann Bracke (Dr.); Anton Wiech (Dr.).
- Aus Dören: Michael Schömer (S.).
- Aus Düsseldorf: Fritz Hiller (S.).
- Aus Eberfeld: Karl Schlegel; Karl Schramm; Ernst Schwider; Robert Diederich (Dr.).
- Aus Emden: Wilhelm Keemeyer (S.).
- Aus Flensburg: Oskar Mollen (M.-S.).
- Aus Frankfurt a. M.: August Hartmann (S.); Andreas Matthäus (S.); Albert Eichbauer (Dr.); Peter Kreschmann (Dr.); Karl Gemmet (Dr.).
- Aus Frankfurt a. O.: Rudolf Thieme (Dr.).
- Aus Freiberg i. Sa.: Alfred Wunderlich (Dr.).
- Aus Freising: Joseph Diemer (S.).
- Aus Gledern: Johann Brück (Schw.).
- Aus Gera: Hermann Balf (M.-S.); Artur Gemeinhardt (S.); Ernst Höfer (S.).
- Aus Gießen: Heinrich Zeidler (S.); P. S. J. Jungmann (Dr.).
- Aus Gotha: Hans Sterzing (S.).
- Aus Grevesmühlen: Wilhelm Krüger (S.).
- Aus Großenhain: Walter Lippoldt (S.); Artur Hartmann (S.).
- Aus Hamburg: D. Deuhing (S.); E. Schöpe (S.); R. Paul (Dr.); J. Freitag (S.); G. Bauersfeld (Dr.); R. Göde (M.-S.); A. Landahl (S.).
- Aus Hann.-Münden: Ernst Bode (Dr.).
- Aus Hechingen: Konrad Pfeifer (M.-S.).
- Aus Herford: Gerhard Meyer (S.).
- Aus Kerne: Michael Sobotta (S.).
- Aus Hof: Robert Kammenke (Schw.).
- Aus Homberg: Heinrich Böber (Dr.).
- Aus Karlsruhe: Ludwig v. Müller (Dr.); Georg Bühner (M.-S.); Wilhelm Wener (S.).
- Aus Kiel: Gerhard Rebehn (S.).
- Aus Kirchheim u. T.: Jakob Meck (S.).
- Aus Kitzingen: Georg Kraft (S.).
- Aus Kleve: Heinrich Kronmanns (S.).
- Aus Koblenz: Willi Horn (Dr.).
- Aus Köln: Wilhelm Kierdorf (S.); Paul Giesel (S.); Karl Klüffel (S.); Anton König (S.); Theodor Günther (S.).
- Aus Königsberg i. Pr.: Paul Kieselbach (S.); Rudolf Meyer (S.); Leopold Piesch (S.); Willi Rohde (S.); Ernst Thönes (S.); Ernst Wagdans (S.).
- Aus Kulmbach: Paul Zeuner (Dr.).
- Aus Labr: Georg Maier (Dr.).
- Aus Langenbielau: Fritz Sohn (S.).
- Aus Leck: Georg Petersen (Schw.).
- Aus Lorch i. R.: Friedrich Voffeler (Dr.).
- Aus Ludwigshafen a. Rh.: Heinrich Philipp.
- Aus Magdeburg: Paul Heideck (S.); Max Plümke (S.); Franz Schubert (M.-S.); Georg Westphal (S.).

Briefkasten.

F. C. in M.: Einer ist Residenzler geworden, der andre blieb hier. — M. G. in W.: Wie Sie leben, ist mit voriger Nummer eine Ausnahme von der Regel gemacht worden, weil sonst die angehängten Versammlungsberichte, in ihrer großen Mehrzahl auf die Gauvorsitzerkonferenz zurückzuführen, gar nicht unterzubringen wären. Mehr können Sie aber nicht verlangen. Sie werden mit Ihrem Bericht also den nicht wenigsten Vordemännern angereicht. — Br. Sch. in B.: Über Brief recht gesteuert. War einmal etwas anders, wenn es auch keine Glücklichstochter sein kann. Es darf niemand, sei er bei den „Preußen“ oder drüben ihn die Schuhe im zivilen Verhältnis an, den Mut verlieren. Wir wollen doch nach diesem grauenvollen Drama wieder Mensch sein! Grüße an S. und Sch. werden ausgerichtet. Wir erwidern die vom Leuchturne

Rundschau

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unrer Organisation erhielten das Eiserne Kreuz: Paul Würdig + (Magdeburg), Georg Schider (Burg b. M.), Otto Strankmeyer (Leipzig), Stephan Kurowski (Danzig), Adolf Burgdorf und Paul Adlung (Braunschweig), Ernst Welle (Gulda), Hugo Schmid (Hamburg), Karl Weiler (Köln), Georg Reihl (Königszell), Max Nieger und Fritz Thiel (Schweidnitz), Karl Breiler, Otto Fichsel, Joseph Poff und Karl Berg (Breslau) sowie Heinrich Lübking (Minden i. W.). Damit haben bis jetzt 2215 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Gehilfenprüfungen. Von dem Prüfungsausschusse der Handwerkskammer Berlin für das Buchdruckerhandwerk wurden 98 Seher, 84 Drucker und 12 Stereotypenrechner bzw. Galvanoplastiker geprüft. Die Seher erhielten folgende Noten: 2 „Recht gut“, 11 „Gut“, 44 „Ziemlich gut“, 36 „Genügend“, 4 „Kaum genügend“. Ein Seher hat die Prüfung nicht bestanden, vor Ablauf eines Jahres darf dieselbe nicht wiederholt werden. Das Prüfungsergebnis bei den Druckern war folgendes: 1 „Recht gut“, 17 „Gut“, 32 „Ziemlich gut“, 31 „Genügend“, 3 „Kaum genügend“. Bei den Stereotypenrechner bzw. Galvanoplastikern waren die Resultate: 1 „Recht gut“, 4 „Gut“, 5 „Ziemlich gut“, 2 „Genügend“.

Zur Gehilfenprüfung anhalten! Wenngleich der Oktoberauslernetermin schon vorüber ist, möchten wir doch daran erinnern, daß die Ablegung der Gehilfenprüfung nicht nur für den Ausgelernten eine Notwendigkeit ist, sondern daß für den Prinzipal sogar eine gesetzliche Verpflichtung besteht, die bei ihm Vermenden zur Erfüllung der Gehilfenprüfung anzuhalten. In München sollen z. B. die jetzt Ausgelernten sich nicht jämlich dazu gemeldet haben. Der Krieg hat keinerlei Veränderungen in dieser Beziehung gebracht, es kann also keine Benutzung auf die gegenwärtigen Verhältnisse stattfinden.

Die Arbeitsmarktsanzeigen im „Korr.“ Wie unser Inseratenteil es seit Wochen in zunehmendem Maße widerspiegelt, wird der Gehilfenmangel infolge der gesteigerten Einberufungen immer größer. Es fehlt nun in jedem Berufszweige bei uns an Arbeitskräften; am meisten werden jedoch Maschinenmeister gesucht. Wer begründeten Anlaß hat, mit seiner Stellung unzufrieden zu sein, hat jetzt Gelegenheit, auswärts oder am Orte sich eine Kondition zu suchen, auf die er glaubt Anspruch erheben zu können. Andererseits sollte man sich in der Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse doch mehr von den Tatsachen leiten lassen. Namentlich in Spartenversammlungen lassen sich manchmal Redner vernehmen, als ob der Umstand, daß Ende Juni nach Abzug der Wiederentlassenen 56,8 Proz. der Mitglieder des Verbandes sich beim Militär befinden, gar nichts zu besagen hätte. Seither sind wieder 3 1/2 Monate vergangen und einige Tausende unserer Kollegen mehr für unser Gewerbe in Abgang gekommen. Tatsachen lassen sich nun einmal nicht hinwegdisputieren!

Substanz eines Fachblattredakteurs. Herr Klemons Hauener, Schriftleiter des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“, kehrt seit 25 Jahren im Dienste der Firma Klümlich & Co. in Frankfurt a. M., an deren übrigen Verlagswerken der Subilar ebenfalls erfolgreich tätig ist. Der „Klümlichsche“ ist unter der Redaktion Haueners auch der Gehilfenchaft gegenüber von anerkannter Objektivität.

Ein nettes Fräulein. Aus der Buchdruckerei Fr. Borgmeyer in Hildesheim hat der dort beschäftigte Lehrling Günther in bisher 70 nachgewiesenen Fällen Markenbücher der sächsischen Speiseanstalt entwendet und verkauft. Einem Gastwirt erleichterte er die Kasse um 7—8 Mk. Von dem Sparkassenbuche seines Vaters sollte er 50 Mk. abgeben, der geldbedürftige Lehrling erhobte aber diese Summe auf 150 Mk. und ging dann durch. Er wird noch gefaßt.

